

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



«Ich rufe die EU auf, nach Bosnien zu kommen, um Humanität zu lernen» Foto: Blindspots

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

EDITO

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Erst einmal herzlichen Dank für Eure Unterstützung in den letzten Wochen. Unsere Leute in Transkarpatien, dem westlichen Teil der Ukraine, der im Moment, in dem ich diese Zeilen schreibe, noch nicht angegriffen wurde, sind Tag und Nacht im Einsatz.

Sie holen Menschen aus der Gefahrenzone und bieten ihnen Schutz, Essen, Medikamente und psychologische Hilfe. Sie organisieren für diejenigen, die es wünschen, oder aus gesundheitlichen Gründen benötigen, eine Weiterreise ins Ausland. Jede Minute zählt, kein Mensch weiss, wie es weitergehen wird. Es geht jetzt vor allem darum, Menschenleben zu retten.

Gerade haben wir unser Treffen des Europäischen BürgerInnenforums beendet, das dieses Mal im Südosten Österreichs stattgefunden hat. Unsere Überlegungen und Diskussionen waren einerseits geprägt von der aktuellen Situation in der Ukraine und die Berichte derer, die von dort zum Treffen kamen und andererseits von der Teilnahme vier junger Frauen, die seit ein paar Jahren an der Balkanroute mit Geflüchteten aktiv sind. Die Situation an der bosnisch-kroatischen Grenze ist für die Migrant-inn-en nach wie vor sehr problematisch und brutal.

Unsere Freundinnen von vier verschiedenen kleinen Organisationen (Are You Syrious, Blindspots, Border Violence Monitoring Network und ComPass 071 Sarajevo) kümmern sich um materielle, juristische, medizinische und logistische Hilfe. Wir planen unter anderem ein Treffen von Jurist-inn-en, die sich in verschiedenen Ländern für Geflüchtete einsetzen. Denn solange die Europäische Grenzschutzagentur Frontex ausgeweitet und von der EU sowie von der Schweiz finanziert und aufgerüstet wird*, solange es die Grundpolitik unserer Regierungen ist, die Festung Europa zu verteidigen, gibt es noch viel an den Aussengrenzen zu tun.

Doch die momentane Welle der Menschlichkeit, die immense Hilfsbereitschaft, die gegenüber den Ukrainer-inne-n heute zutage tritt, zeigt, dass Aufnahme möglich ist, ja, dass es sogar in Ländern wie Polen und Ungarn Platz, Mittel und jede Menge solidarischer Menschen gibt. Wäre es nicht mög-

lich, dieses Engagement zu erweitern auf all die anderen vor Diktatur, Terror und Hunger Flüchtenden?

Oder wird das neue Argument sein: «Jetzt haben wir erst recht keinen Platz mehr»? Wir jedenfalls werden uns weiterhin gegen die Diskriminierung und Abschiebung der «schlechten», ungewollten Migrant-inn-en einsetzen.

Während ich schreibe, befinde ich mich im Zug von Wien nach Zürich. Die meisten Leute im Zug sind Ukrainer-innen und haben mehrere Tage Fluchtweg hinter sich. Der Zug ist überfull, Urlauber-innen versuchen, ihre Ski und sonstiges Gepäck unterzubringen; die Menschen aus der Ukraine haben wenig Gepäck und sind erschöpft. Es sind zwei Welten, die sich hier begegnen und miteinander ins Gespräch kommen. Schlafende Kinder, viele junge Menschen, kleine Hündchen auf dem Schoß ihrer Besitzer-innen. Die Geflüchteten fahren nach Deutschland oder in die Schweiz, erzählen den Sitznachbar-inne-n von ihrer Flucht und den schrecklichen Geschehnissen in ihrem Land. Manche haben Bekannte oder Verwandte hier, andere wissen noch nicht, wo sie untergebracht sein werden. Während der Fahrt bieten Menschen Unterkunft an. Eine Hoffnung sind auch all die Stimmen aus Russland, die, unter grosser Gefahr, vehement gegen diesen Aggressionskrieg eintreten und es gibt Männer, die sich weigern, zu den Waffen zu greifen – auch sie brauchen unsere Unterstützung! Wir können jedenfalls etwas tun..

Constanze Warta, 19.März

Kriegsdienstverweigerer

Wir bringen hier ein Interview mit Tanja*, Mitarbeiterin bei den russischen Soldatenmüttern, einer Interessensgemeinschaft, die sich um das Schicksal von Soldaten kümmert.

Archipel – Was können die Männer tun, die nicht an die Front gehen wollen? Haben es welche geschafft auszureisen? Werden so nach und nach alle im wehrfähigen Alter jetzt in den Krieg geschickt? Was passiert mit "Gewissensverweigerern"?

Tanja – Es gibt Möglichkeiten, sich als «Gewissensverweigerer» zum «Alternativdienst» zu melden; solche Leute müssen vor einer Kommission aussagen, dass sie aus religiösen, politischen oder anderen Gründen nicht Militärdienst leisten können, was zu einer Befreiung führt. Viele Leute wissen nicht über ihre Rechte Bescheid, oder sie wissen nicht, wie man das konkret macht. Es ist unsere Aufgabe, die jungen Männer zu informieren und sie bei der Gewissensverweigerung zu unterstützen. Im Moment sind das noch wenige, aber wir erwarten eine deutliche Zunahme der Nachfrage mit der nächsten Rekrutierungswelle am 1. April 2022.

Viele Männer im wehrfähigen Alter sind ausgereist, aus Angst vor einer Generalmobilmachung. Wir haben Angst gehabt, dass es eine Generalmobilmachung geben wird. (D.h. Mobilisierung aller Männer im wehrfähigen Alter, inkl. Reservisten., Anm.). Dazu ist es aber (noch) nicht gekommen, und es ist in näherer Zukunft auch nicht zu erwarten. Das würde einen riesigen Aufschrei geben in der Bevölkerung. Was bis jetzt stattfindet, sind verstärkte Rekrutierungen vor allem junger Soldaten und deren oft zwangsweise Umwandlung zu Vertragssoldaten. (D. h. sie werden gezwungen, ein Dokument zu unterschreiben., Anm.) Nur Vertragssoldaten dürfen in «Spezial-Operationen» eingesetzt werden, das ist eine Lehre, welche die russische Armee aus dem ersten Tschetschenienkrieg gezogen hat.

Anmerkung der Redaktion: Das ist die Situation vor allem in grossen russischen Städten im Norden des Landes. Die Umstände sind um einiges prekärer im Nordkaukasus, wo die Zwangsrekrutierung von Soldaten bereits zu ethnisch und anti-kolonialistisch gefärbten Protesten geführt hat, die jeweils brutal niedergeschlagen werden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass bei steigenden Opferzahlen gerade in Tschetschenien, aber auch in anderen autonomen Republiken eine neue Widerstandsbewegung gegen Moskau entstehen wird. Besonders alarmierend ist die Situation mit den Zwangsrekrutierungen auch in den sogenannten Volksrepubliken Donetsk und Luhansk; hier werden alle Männer zwischen 18 und 55 Jahren von der Strasse weg zwangsrekrutiert. Viele versuchen sich zu verstecken oder zu fliehen, um nicht zum Kämpfen in die Ukraine geschickt zu werden.¹

Haben die Soldatenmütter, deren Söhne unfreiwillig in den Krieg geschickt wurden, eine Möglichkeit, mit ihnen in Kontakt zu bleiben (oder zu treten) und sie eventuell zurückzuholen? Was passiert mit denen, die nicht an der Front bleiben, sondern gehen?

Ich kann nur über die Leute Auskunft geben, die sich an unsere Interessensgemeinschaft wenden. Es gab seit 2014 noch nie so viele Leute, die bei uns um Rat gefragt haben. Sie haben zwar Angst, persönlich vorbeizukommen, melden sich aber per Telefon auf unserer Hotline. Wir erwarten, dass diese Nachfrage ab 1. April noch deutlich zunehmen wird, mit der nächsten Welle der Aushebung von Rekruten. Die Anfragen betreffen insbesondere folgende Gebiete:

1. Mütter/Verwandte haben den Kontakt zu eingezogenen Familienmitgliedern verloren und möchten diese lokalisieren/zurückholen;
2. Mütter/Verwandte haben ihre Söhne in ukrainischen sozialen Netzwerken als Kriegsgefangene gesehen und möchten Kontakt aufnehmen;
3. Mütter/Verwandte, bei deren Söhnen der Status gegen ihren Willen oder sogar gegen ihr Wissen vom Rekrut zum Vertragssoldat umgewandelt worden ist, möchte sich zur Wehr setzen.

Den Leuten, die Kontakt zu ihren Familienangehörigen verloren haben, raten wir, über den letzten bekannten Punkt die Suche zu beginnen; meist sind dies Militärbasen in Belarus, in Südrussland oder auf der Krim. Von da aus gelingt es oft, die Söhne aufzustöbern – nicht direkt, aber plötzlich rufen sie an. In diesem Moment ist es ganz wichtig, dass man die richtigen Fragen stellt, knapp und präzise. Normalerweise rufen die Rekruten von fremden Telefonen an, die eigenen wurden ihnen weggenommen, und ein Vorgesetzter hört im Hintergrund mit. Deshalb instruieren wir die Angehörigen, dass sie sich auf essentielle Informationen beschränken sollen: Wo bist Du? In der Ukraine? In der Nähe welcher Stadt/welchen Dorfes? Eine Frau, der wir so helfen konnten, ihren Sohn zu lokalisieren, ist daraufhin in die Ukraine gereist und hat ihren Sohn und noch 40 weitere Rekruten zurück auf russischen Boden zurückgebracht. Es ist illegal, Rekruten in den Krieg zu schicken oder sie zwangsweise in Vertragssoldaten zu verwandeln. Aber wenn die Eltern sie nicht lokalisieren und zurückholen, wird das niemand tun.

Wenn die Soldaten lokalisiert sind, können wir den Familien helfen den unter Zwang abgeschlossenen Vertrag gerichtlich anzu-

fechten. Oder wenn noch kein Vertrag vorliegt, raten wir den Rekruten nicht mitzugehen, solange kein schriftlicher Marschbefehl vorliegt; das kann bewirken, dass die jungen Männer gar nicht erst weggeschickt werden. Da es illegal ist, Rekruten gegen ihren Willen in den Krieg zu schicken, liegt in der Regel kein schriftlicher Marschbefehl vor, sondern alles geschieht informell. Männer, welche die Front verlassen wollen (und von ihren Verwandten dabei unterstützt/zurückgeholt werden), wird dies in der Regel ermöglicht. Die Armeeführung hat grosse Angst davor, dass kritische Soldaten an der Front andere anstecken und diese dann in Gruppen Alarm schlagen und vom Frontdienst zurücktreten. Deshalb lässt man in der Regel einzelne Unwillige gehen, in der Hoffnung, einen Flächenbrand zu vermeiden.

«Die Armeeführung hat grosse Angst vor kritischen Soldaten»

Stimmt es, dass die Moral vieler russischer Soldaten auf dem Nullpunkt ist und dass vor allem Spezialeinheiten die Gräueltaten ausführen?

Informationen von der Front sickern sehr selten durch, vor allem weil die Rekruten, wenn sie endlich wieder in Kontrakt treten, nur unter Beobachtung telefonieren können und daher sehr knapp Auskunft geben, «ich lebe noch». Damit über Soldaten Informationen über die Gräueltaten durchsickern, dazu braucht es wohl noch etwas mehr Zeit. Aber auch das wird kommen. Auch treffen in Russland nur vereinzelt offizielle Informationen zu gefallenen Soldaten ein, und wenn, dann werden diese auserlesenen Gefallenen als Helden begraben und die Familien bekommen Kompensationszahlungen. Wir vermuten jedoch, dass die Armee einen grossen Teil dieser sogenannten «Last 200» (=Lastwagen voll mit gefallenen Soldaten, Anm. d. Red.) zurückbehält, aus Angst vor der Reaktion der Massen, und weil sie keine Kompensation an die Familien zahlen wollen.

Sickert es so nach und nach auch bei der russischen Bevölkerung durch, dass Putin alle manipuliert (hat), oder ist der Grossteil des russischen Volkes überzeugt von der "Befreiung der Ukraine" usw.. Halt das, was sie in den Staatsmedien hören?

Im Moment steht die Mehrheit der Bevölkerung noch stramm hinter Putin und glaubt der Propaganda, darüber dürfen wir uns keine Illusionen machen. D.h. die Menschen stützen nicht nur den Präsidenten, sondern dreschen auch wild auf alle Andersdenkenden in ihrer Umgebung ein. Es ist sehr viel Aggression in der Gesellschaft.

In unserer Arbeit konzentrieren wir uns darauf, denjenigen jungen Leuten zu helfen, die nicht zu «Zombies» geworden sind, d.h. die sich nicht mit Mainstream-Nachrichten zufrieden geben und dem Krieg (und ihrer Rolle darin) kritisch gegenüber stehen. Ich denke, die Zahl dieser Leute wird in der nächsten Zeit noch stark wachsen.

Das Interview führte Cécile Druey am 25. März 2022

*Name geändert

1. Quelle: Interviews mit Frauen im Donbass, gemacht von Bekannten von C. Druey, publiziert in der Nowaja Gaseta vom 24. März 2022: <https://novayagazeta.ru/articles/2022/03/24>

Brief aus Transkarpatien

Seit dem 25. Februar sind Mitarbeiter*innen vom Forum Civique in die Longo-mai-Kooperativen in Nischnje Selischtsche in Transkarpatien (Westukraine) und Rumänien (Hosman/Holzmengen, nahe Sibiu/Hermannstadt) gefahren, um in dieser schwierigen Situation zu helfen. Fast jeden Tag erhalten wir einen persönlichen Bericht aus dem Dorf über die momentane Situation. Hier zum Beispiel:

Liebe Freunde, liebe Freundinnen, hier ein paar Zeilen von mir aus Nischnje Selischtsche.

Seit unserer Ankunft hier sind nun wohl zwei Wochen vergangen. Die Zeit davor liegt für mich schon eine Ewigkeit zurück. Ich brauche permanent meine ganze Aufmerksamkeit um diese Situation als wirklich real anzuerkennen. Es ist für mich einfach schwer zu glauben, dass dieser Krieg hier wirklich stattfindet mit all seinen scheusslichen Seiten.

Beide Häuser von Longo mai sind gestopft voll mit Geflüchteten und Helfer*innen. Eine Mischung wie für einen Film. Leute die sonst Jazzmusik machen oder Filme drehen, sitzen jetzt hier am Waldrand, müssen aus der Ferne Fotos ihrer zerstörten Häuser ansehen, bekommen Nachrichten von Freunden aus Städten die täglich bombardiert werden und müssen trotzdem einen Alltag mit ihren Kindern meistern. (...)

Immer wieder kommen Hilfslieferungen aus Rumänien an, die wir zumeist nach Chust in eine Lagerhalle bringen. Von dort werden sie in Minibussen Richtung Kiev oder Charkiv gebracht, die dann auf dem

Rückweg Leute evakuieren. Es gibt ein paar Stützpunkte in der Westukraine, an denen die Evakuierten zwischendurch versorgt werden, bevor sie nach Nischnje kommen. Die Entfernungen sind gross und die Reisen dauern dreimal so lang wie bei uns. Immer mehr sichere Orte werden unsicher. Die Medikamente gehen z. T. ins Krankenhaus Chust und z.T. auch in den Osten des Landes, bis Luhansk, solange es noch geht.

In Nischnje kommen mehr und mehr Geflüchtete an und es wird bald eng mit den Unterkünften. Viele wollen nach ein paar Tagen weiter Richtung Westen. Viele haben aber auch überhaupt keinen Plan, waren noch nie im Ausland, sprechen keine anderen Sprachen oder haben keine vollständigen Papiere. Im Dorfrestaurant werden zurzeit 2mal täglich 100 Mahlzeiten für sie gekocht. Die Gesichter derer, die dort essen, sprechen von Müdigkeit, Ratlosigkeit und Verzweiflung; Menschen die komplett aus der Bahn geworfen wurden. Die Frauen, die mit einer Gruppe von 40 Waisenkindern hierher geflüchtet sind, haben sich nach langem Zögern entschlossen,

nach Polen weiterzugehen. Sowieso sieht es langsam danach aus, dass auch Transkarpatien nicht mehr lange eine sichere Region sein wird.

An den Strassen tauchen grosse Plakate auf mit der Parole «Russische Panzer verpisst Euch», an Kreuzungen und Brücken entstehen Stapel von Sandsäcken, an den Trafostationen steht Militär in Kampfmontur. Seit gestern steht am Kreisverkehr in Chust ein Tieflader voll mit lokal produzierten Panzersperren. Über meine ukrainische Simkarte bekomme ich Verhaltensregeln für Luftalarm und tatsächlich gab es letzte Nacht den ersten Luftalarm per Handy in der Region. In Ivano-Frankivsk gab es Explosionen und am Rand von Lviv wurden bei einem Luftangriff auf ein Militärgelände 35 Menschen getötet. Gestern Abend sind wir mit zwei Bussen nach Mukatschewo gefahren, um Leute abzuholen und nach Nischnje zu bringen. Frauen und Kinder mit ein paar Decken, Plüschtieren und einer kleinen Katze. Evakuiert aus Luhansk, seit einer Woche unterwegs, müde und erschöpft. Sie sind erst einmal im Schulgebäude untergebracht.

Jeden Morgen machen wir ein gemeinsames Treffen zwischen allen, die hier im Einsatz sind, um uns abzusprechen. Das funktioniert ganz gut, wenn auch vieles relativ spontan entschieden werden muss. Die Umstände ändern sich täglich und entsprechend flexibel müssen wir reagieren. Das gilt auch für alle Leute, die noch herkommen wollen, um uns hier zu unterstützen. Kochen, Leute transportieren, am Telefon und Computer sein, Hilfslieferungen ausladen, Elektrikerarbeiten, Neuangekommene einweisen, alles ist abwechselnd gefragt. Ich selbst bin ganz schön müde und emotional nimmt mich das alles sehr mit – mehr als ich dachte.

Ganz liebe Grüsse
Mathias, 17. März

*Freiwillige Helfer*innen in der Lagerhalle von Chust, Transkarpatien, Foto: EBF-Archiv*



Archipel

Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1848,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nijne Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org

Russische Frauen gegen den Krieg

In Russland finden weiterhin Demonstrationen gegen den Krieg in der Ukraine statt, obwohl die Sicherheitskräfte der Machthaber seit Beginn des Krieges Tausende von Verhaftungen vorgenommen haben. Der im Folgenden vorgestellte Text ist ein Manifest russischer Feministinnen, die sich gegen den Krieg und die Besetzung in der Ukraine zusammengeschlossen haben.

Im heutigen Russland ist der Feminismus eine der wenigen oppositionellen Bewegungen, die noch nicht durch die Verfolgungswellen unter der Regierung von Wladimir Putin zerstört wurden. Bis heute sind mehrere Dutzend militante feministische Gruppen in mindestens 30 Städten in Russland aktiv. In diesem Text rufen Feministinnen dazu auf, die an Antikriegsdemonstrationen im ganzen Land teilnehmen, sich in weltweiten Protesten gegen die von der Regierung W. Putins ausgelöste militärische Aggression zu vereinen:

Am 24. Februar kündigte der russische Präsident Wladimir Putin gegen 5.30 Uhr Moskauer Zeit eine „Sonderoperation“ auf dem Gebiet der Ukraine an, um diesen souveränen Staat zu „entnazifizieren“ und zu „entmilitarisieren“. Diese Operation war von langer Hand vorbereitet. Seit mehreren Monaten rückten russische Truppen immer näher an die Grenze zur Ukraine heran. Gleichzeitig bestritt die Führung unseres Landes die Möglichkeit eines militärischen Angriffs. Heute wissen wir, dass es sich dabei um eine Lüge handelte.

Russland hat seinem Nachbarn den Krieg erklärt. Es hat der Ukraine weder das Recht auf Selbstbestimmung noch die Hoffnung auf ein Leben in Frieden gelassen. Wir erklären – nicht zum ersten Mal –, dass der Krieg seit acht Jahren auf Initiative der russischen Regierung geführt wird. Der Krieg im Donbass ist eine Folge der illegalen Annexion der Krim. Wir sind der Meinung, dass Russland und sein Präsident sich nicht um das Schicksal der Menschen in Luhansk und Donezk kümmern und nie gekümmert haben und dass die Anerkennung der Republiken acht Jahre nach ihrer Ausrufung nur ein Vorwand war, um unter dem Deckmantel der Befreiung in die Ukraine einzumarschieren.

Als russische Bürgerinnen und Feministinnen verurteilen wir diesen Krieg. Der Feminismus als politische Kraft kann nicht auf der Seite eines Angriffskrieges und einer militärischen Besetzung stehen. Die feministische Bewegung in Russland kämpft für gefährdete Gruppen und für die Entwicklung einer gerechten Gesellschaft, die gleiche Chancen und Perspektiven bietet und in der es keinen Platz für Gewalt und militärische Konflikte geben darf.

Krieg ist gleichbedeutend mit Gewalt, Armut, Vertreibung, zerstörtem Leben, Unsicherheit und fehlender Zukunft. Er ist unvereinbar mit den zentralen Werten und Zielen der Frauenbewegung. Krieg verschärft die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern

und wirft die Errungenschaften im Bereich der Menschenrechte um viele Jahre zurück. Der Krieg bringt nicht nur die Gewalt von Bomben und Kugeln mit sich, sondern auch sexuelle Gewalt: Wie die Geschichte zeigt, ist das Risiko, vergewaltigt zu werden, für alle Frauen während eines Krieges um ein Vielfaches höher. Aus diesen und vielen anderen Gründen müssen russische Feministinnen und solche, die feministische Werte teilen, eine starke Position gegen diesen Krieg einnehmen, der von der Führung unseres Landes angezettelt wurde.

Der aktuelle Krieg wird, wie aus den Reden W. Putins hervorgeht, auch unter dem Banner der von den Ideologen der Regierung verkündeten „traditionellen Werte“ geführt – Werte, die Russland angeblich wie ein Missionar in der ganzen Welt verbreiten will und dabei Gewalt gegen diejenigen anwendet, die sich weigern, sie zu akzeptieren, oder andere Meinungen vertreten. Jeder kritisch denkende Mensch versteht, dass diese „traditionellen Werte“ wie Männlichkeitskult und Geschlechterungleichheit sowohl die Ausbeu-

tung von Frauen als auch staatliche Repressionen gegen diejenigen beinhalten, deren Lebensweise, Identität und Handlungen nicht mit den engstirnigen patriarchalen Normen übereinstimmen. Die Besetzung eines Nachbarstaates wird mit dem Wunsch gerechtfertigt, diese verzerrten Normen zu fördern und eine demagogische „Befreiung“ zu verfolgen; dies ist ein weiterer Grund, warum Feministinnen in ganz Russland sich mit aller Kraft gegen diesen Krieg wehren müssen.

Kräfte bündeln

Wir Feministinnen sind heute eine der wenigen aktiven politischen Kräfte in Russland. Lange Zeit wurden wir von den russischen Behörden nicht als gefährliche politische Bewegung wahrgenommen, weshalb wir zeitweise weniger von staatlicher Repression betroffen waren als andere politische Gruppen. Derzeit sind über 45 verschiedene feministische Organisationen im ganzen Land tätig, von Kaliningrad bis Wladiwostok, von Rostow am Don bis Ulan-Ude und Murmansk. Wir rufen Feministinnen und feministische Gruppen in Russland dazu auf, sich dem feministischen Antikriegswiderstand anzuschließen und ihre Kräfte zu bündeln, um sich aktiv gegen den Krieg und die Regierung, die ihn begonnen hat, zu stellen. Wir rufen auch Feministinnen auf der ganzen Welt dazu auf, sich unserem Widerstand anzuschließen. Wir sind viele und gemeinsam können wir viel erreichen: In den letzten zehn Jahren hat die feministische Bewegung eine enorme mediale und kulturelle Macht erlangt. Es ist an der Zeit, diese in politische Macht umzuwandeln. Wir sind die Opposition gegen den Krieg, das Patriarchat, den Autoritarismus und den Militarismus. Wir sind die Zukunft, die sich durchsetzen wird.



Wir rufen Feministinnen auf der ganzen Welt auf

- Sich friedlichen Demonstrationen anzuschliessen und Feld- und Online-Kampagnen gegen den Krieg in der Ukraine und die Diktatur von W. Putin zu starten, indem Sie Ihre eigenen Aktionen organisieren. Zögern Sie nicht, das Symbol der feministischen Antikriegs-Widerstandsbewegung in Ihren Dokumenten und Veröffentlichungen zu verwenden, sowie die Hashtags #FeministAntiWarResistance und #FeministsAgainstWar.
- Informationen über den Krieg in der Ukraine und W. Putins Aggression zu verbreiten. Wir brauchen die ganze Welt, um die Ukraine in dieser Zeit zu unterstützen und sich zu weigern, Putins Regime in irgendeiner Weise zu helfen.
- Bitte teilen Sie dieses Manifest in Ihrem Umfeld. Wir müssen zeigen, dass Feministinnen gegen diesen Krieg und jede Art von Krieg sind. Und auch, dass es noch russische Aktivistinnen gibt, die bereit sind, sich zusammenzuschliessen, um sich dem Regime von W. Putin zu widersetzen. Wir alle laufen Gefahr, Opfer staatlicher Repression zu werden*, und wir brauchen Ihre Unterstützung.

Quelle:

der russische Telegrammkanal: <https://t.me/femagainstar>

*Nach der Veröffentlichung dieses Textes, am Vortag des 6. März, dem Tag des von den verschiedenen feministischen Gruppen organisierten russischen Antikriegsmarschs, stürmten Polizei und Bereitschaftspolizei die Häuser vieler feministischer Aktivistinnen, offensichtlich um die Frauenkolonne zu verhindern – was ihnen mit diesem Präventivschlag auch gelang. Doch der feministische Anti-Kriegs-Widerstand lässt sich weder in die Knie zwingen noch zum Schweigen bringen. In diesem Sinn hat die Gruppe „Achte Initiative“ einen Aufruf formuliert, den Ihr über <https://www.instagram.com/femspb/> (hoffentlich noch) lesen könnt.



KRIEG IN DER UKRAINE

Aufruf der Zapatistas

Aus Mexiko erreicht uns ein Aufruf der Zapatistas, der die Invasion der russischen Armee in der Ukraine betrifft: «Nach der Schlacht wird es keinerlei Landschaft geben.» An alle, welche die Erklärung für das Leben unterzeichnet haben, an die nationale und internationale Sexta:*

Compañer@s, Brüder und Schwestern, Wir teilen Euch unsere Worte und Gedanken zu dem mit, was derzeit in der Geografie, die wir Europa nennen, geschieht:

Erstens

Es gibt eine Macht, die angreift: die russische Armee. Auf dem Spiel stehen die Interessen des Grosskapitals auf beiden Seiten. Die Leidtragenden der Wahnvorstellungen der einen und des hinterhältigen wirtschaftlichen Kalküls der anderen sind die Menschen in Russland und der Ukraine (und vielleicht bald auch in anderen nahen oder fernen Ländern). Als Zapatistas, die wir sind, unterstützen wir weder den einen noch den anderen Staat, sondern diejenigen, die für das Leben und gegen das System kämpfen.

Während der multinationalen Invasion des Irak (vor fast 19 Jahren), angeführt von der nordamerikanischen Armee, gab es auf der ganzen Welt Mobilisierungen gegen diesen Krieg. Kein Mensch mit gesundem Menschenverstand dachte, dass ein Widerstand gegen die Invasion bedeutete, sich auf die Seite von Saddam Hussein zu stellen. Heute ist die Situation ähnlich, aber nicht identisch.

Weder Selensky noch Putin! Stopp dem Krieg!

Zweitens

Verschiedene Regierungen haben sich auf die eine oder andere Seite gestellt und tun dies aus wirtschaftlichen Motiven. Bei ihnen gibt es keinerlei humanistische Bedenken. Für diese Regierungen und ihre "Ideologen" gibt es gute und schlechte Interventionen, Invasionen und Zerstörungen. Die guten sind die, die ihre Verbündeten durchführen, und die schlechten die, die von ihren Gegnern verübt werden. Der Applaus für Putins kriminelles Argument zur Rechtfertigung der militärischen Invasion der Ukraine wird sich in Wehklagen verwandeln, wenn mit denselben Worten die Invasion anderer Völker gerechtfertigt wird, deren Wege dem Grosskapital nicht genehm sind.

Sie werden in andere Geografien einfallen, um sie vor der «Neonazi-Tyrannie» zu retten oder um den benachbarten «Narco-Staaten» ein Ende zu setzen. Sie werden dann die gleichen oder ähnliche Worte wie Putin verwenden: «Wir werden entnazifizieren» und sie werden die «Argumentation» von der «Gefahr für ihre Völker» weitertreiben. Und dann eine Situation, wie unsere Compañeras in Russland uns beschreiben: «Russische Bomben, Raketen und Kugeln fliegen auf die Ukrainer:innen, ohne sie nach ihrer politischen Meinung oder der Sprache, die sie sprechen, zu fragen»; es ist die «Nationalität», die zählt.

Drittens

Das Grosskapital und seine Regierungen im «Westen» lehnten sich zurück und betrachteten – oder ermutigten sogar – die Art und Weise, wie sich die Situation verschlechterte. Dann, nachdem die Invasion begonnen hatte, warteten sie ab, ob die Ukraine Widerstand leistet, und rechneten dann aus, was sie von dem einen oder anderen Ergebnis gewinnen könnten. Da die Ukraine Widerstand leistete, begannen sie tatsächlich damit, «Hilfs»-Pakete vorzustrecken, die später zurückgezahlt werden sollen. Nicht nur Putin ist vom ukrainischen Widerstand überrascht.

Diejenigen, die in diesem Krieg gewinnen, sind die grossen Rüstungskonsortien und das Grosskapital. Für sie ist es die Gelegenheit, Gebiete zu erobern, zu zerstören/wiederaufzubauen, d. h. neue Märkte für Waren und konsumierende Menschen zu schaffen.

Viertens

Anstatt uns dem zuzuwenden, was die Medien und sozialen Netzwerke der jeweiligen Lager verbreiten – und was beide als «Nachrichten» präsentieren –, oder den «Analysen» der plötzlich unzähligen geopolitischen Expert:inn-en und Verehrer:inn-en des Warschauer Pakts und der NATO, haben wir beschlossen, diejenigen zu suchen und zu fragen, die wie wir im Kampf um das Leben in der Ukraine und in Russland engagiert sind.

Nach mehreren Versuchen gelang es der Kommission Sexta Zapatista, mit unseren Verwandten im Widerstand und in der Rebellion in den Geografien, die Russland und die Ukraine genannt werden, in Kontakt zu treten.

Fünftens

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass unsere Verwandten, die zudem die Fahne mit dem libertären "A" schwenken, standhaft bleiben: diejenigen, die sich im Donbass

in der Ukraine im Widerstand befinden und diejenigen, die in den Strassen Russlands unterwegs sind und rebellieren. In Russland werden Menschen verhaftet und verprügelt, weil sie gegen den Krieg protestieren. Und in der Ukraine werden Menschen von der russischen Armee ermordet.

Was sie untereinander und sie mit uns verbindet, ist nicht nur das NEIN zum Krieg, sondern auch die Weigerung, den Regierungen zu folgen, die ihre Völker unterdrücken. Inmitten der Verwirrung und des Chaos auf beiden Seiten stehen sie fest zu ihren Überzeugungen: ihrem Kampf für Freiheit, ihrer Ablehnung von Grenzen und Nationalstaaten und der jeweiligen Unterdrückung, die nur die Fahne wechselt. Es ist unsere Pflicht, sie im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen. Ein Wort, ein Bild, eine Melodie, ein Tanz, eine erhobene Faust, eine Umarmung

– selbst aus entfernten Geografien – sind ebenfalls eine Unterstützung, die ihre Herzen ermutigen wird. Widerstand ist Beharren und Fortbestehen. Unterstützen wir unsere Lieben in ihrem Widerstand, d.h. in ihrem Kampf um das Leben. Wir sind es ihnen schuldig und wir sind es uns selbst schuldig.

Sechstens

Daher rufen wir die nationale und internationale Sexta, die dies noch nicht getan hat, dazu auf, gemäss ihren Zeitplänen, Geografien und auf ihre Weise gegen den Krieg und zur Unterstützung der Ukrainer-inne-n und Russ-inn-en, die in ihren Geografien für eine Welt der Freiheit kämpfen, zu demonstrieren. Ebenso rufen wir dazu auf, den Widerstand in der Ukraine finanziell zu unterstützen, und zwar auf Konten, die uns noch bekannt gegeben werden.

Die Sexta-Kommission der EZLN tut ihrer

seits das Beste, indem sie denjenigen in Russland und der Ukraine, die gegen den Krieg kämpfen, Hilfe zukommen lässt. (...) Ohne zu zögern, schreien wir, rufen dazu auf, und fordern mit lauter Stimme: «Russische Armee raus aus der Ukraine».

Der Krieg muss jetzt beendet werden. Wenn er weitergeht und, wie zu erwarten ist, eskaliert, dann wird es vielleicht niemanden mehr geben, der die Landschaft nach der Schlacht beschreiben kann.

Aus den Bergen des mexikanischen Südostens.

Subcommandante Insurgente Moises.
SupGaleano. Kommission Sexta der EZLN.
März 2022

Quelle: Enlace zapatista

* Wir publizieren diese interessante Stellungnahme und Vision aus Lateinamerika, was nicht heisst, dass das EBF einhellig mit jedem Satz darin übereinstimmt. Die Redaktion.

Nächtliche Gespräche und Gedanken für die Nachkriegszeit

Hier ein kleiner Ausschnitt aus einem der zahlreichen Berichte, die uns Jürgen Kräftner, Korrespondent von Archipel, der seit 30 Jahren in der Ukraine lebt, seit Anfang des Krieges geschickt hat:

Liebe Freundinnen und Freunde,

(...) Der Besuch unserer rumänischen Freunde gab uns einen kleinen Vorgeschmack auf die Diskussionen, die zweifellos zwischen uns und in der internationalen Linken im Allgemeinen nach diesem Krieg geführt werden müssen, wenn er dann irgendwann vorbei geht. Wo ist die ukrainische Linke in diesem Konflikt, was bedeutet Pazifismus in unserer Situation, warum haben sich ukrainische Anarchisten von der Armee und die Einheiten zur territorialen Verteidigung mobilisieren lassen, gibt es einen Unterschied zwischen russischem und amerikanischem Imperialismus, ist es legitim, die russische Aggression in der Ukraine mit der der USA im Irak zu vergleichen (siehe den Text der Zapatisten aus Chiapas)?

Wie schön es doch wäre, bald Zeit und Gelegenheit für solche friedlichen Diskussionen zu haben.

PS: In der gegenwärtigen Situation zu wissen, dass ihr da seid und mit uns denkt, ist von unschätzbarem Wert.

FRANKREICH/NUKLEARINDUSTRIE

Teure Gigantomanie

35 Jahre nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl und 10 Jahre nach Fukushima hat die EU-Kommission ein Öko-Label für Kernenergie beschlossen. Vorreiter in dieser Sache: Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron. Doch ganz abgesehen von der ungelösten Frage der Atommüllagerung sind die bereits gebauten Reaktoren sowie die Geplanten weiterhin gefährlich.

Jetzt sind überall die Öl- und Gaspreise gestiegen und das französische Szenario in Sachen Atomstrom wird wohl umso mehr im Sinne der Regierung geschrieben werden. Es bleibt für Frankreich nur zu hoffen, dass keine extreme Kältewelle mehr erfolgt wie 2018, als

Mitte März mehrere Tage hindurch Minustemperaturen auch zur Mittagszeit gemessen wurden. Sonst könnte es für die Energieversorgung westlich des Rheins vorübergehend eng werden, vor allem, wenn infolge des russischen Aggressionskriegs in der Ukraine

auch die Gasversorgung verknappt oder verteuert – das südliche Nachbarland Algerien bot allerdings am Wochenende an, bei Ausfällen einzuspringen. Normalerweise dürfte Frankreich, folgt man der offiziellen Logik, in solchen Fällen keine Probleme haben, sorgt doch der enorm ausgebaute Atomenergiepark des Landes offiziell für «Unabhängigkeit in der Energieversorgung», jedenfalls wenn man die Herkunft des Urans dabei nicht berücksichtigt. «Wir haben kein Öl, aber wir haben Ideen», besagte eine regierungsfreundliche Informationskampagne zur Mitte der siebziger Jahre, infolge des damaligen ersten Rohölpreisschocks.

Auf Regierungsseite möchte man das gerne so fortführen. Staatspräsident Emmanuel Macron möchte bis zu vierzehn neue Atomreaktoren vom Typ EPR (European Pressurized Reactor) bauen und in den nächsten zwanzig Jahren in Betrieb nehmen lassen. Dem ersten Aufsichtspräsidenten des von ihm gegründeten Stromversorgers RTE¹, André Merlin, ist das nicht genug. In einem



Interview mit der Wirtschaftszeitung «La Tribune» vom 16. Februar forderte er glatt: «Es bräuchte fünfzig solche neue Reaktoren bis im Jahr 2060.»

Er kritisierte im selben Atemzug, das von seinen Nachfolgern bei RTE ausgearbeitete und im Oktober vorgelegte Szenario «Futurs énergétiques 2050», das sich Emmanuel Macron und mehrere andere Kandidaten zur französischen Präsidentschaftswahl zur Grundlage ihrer Vorschläge bei der Energiepolitik machten, als «ideologisch». Dieses sieht vor, die bisherige Stromversorgungskapazität könne bis im Jahr 2050 durch erneuerbare Energien abgedeckt werden; Atomenergie brauche es allerdings trotzdem, da der Bedarf unter anderem durch die Umstellung auf Elektrofahrzeuge steigen werde. Der Atomstromanteil soll allerdings von derzeit je nach Jahr zwischen 65 und 70 Prozent auf maximal die Hälfte sinken. Merlin sieht dagegen allein die noch verstärkte Nutzung der Atomkraft als taugliches Szenario.

Künstlicher Atomoptimismus

Doch nun das: Die Fertigstellung des einzigen bislang in Frankreich im Bau befindenden EPR, im normannischen Flamanville, wird sich nochmals verzögern, wie in der zweiten Januarwoche bekannt wurde. Zwei unter Beteiligung von EDF errichtete Reaktoren dieses Typs liefen bereits im chinesischen Taishan; dort kam es jedoch zu Störfällen, infolge derer sie im Juni 2021 abgeschaltet werden mussten. Daraufhin wurden im November bei Tests «anormale Vibrationen» festgestellt und auch ein Konzeptionsfehler wird vermutet.

In Flamanville wurden Probleme an den Schweissnähten im inneren Druckbehälter festgestellt, welcher daraufhin völlig überarbeitet werden musste. Ursprünglich hätte die Anlage für 2012 fertig werden sollen, nach mehreren Verschiebungen dann dieses Jahr. Doch nun ist von einer Inbetriebnahme erst im zweiten Halbjahr 2023 die Rede. Die reine Bauzeit würde damit sechzehn Jahre überschreiten. Mit ursächlich dafür ist, dass Frankreich infolge von Einsparungen und Outsourcing gar nicht mehr über die allgemeinen Ingenieurskapazitäten verfügt, die beim Aufbau eines gigantischen Nuklearprogramms in den siebziger Jahren herangezogen wurden. Die anfänglich auf drei Milliarden Euro veranschlagten Kosten für den französischen EPR werden nun offiziell bei 12,7 Milliarden angesiedelt. Kritiker wie der grüne Präsidentschaftskandidat Yannick Jadot sehen sie längst bei zwanzig Milliarden Euro ankommen.

Jadot behauptet, dass, selbst wenn eine künftige Regierung – etwa im Falle einer Wiederwahl Macrons im April – es wolle, könnten die von ihm geplanten Reaktorbauten ohnehin nie im Leben bis 2045 entstehen. Deswegen, so fährt er fort, seien die Atompläne auch zur Einhaltung der Klimaziele Frankreichs für die nächsten Jahrzehnte entgegen der Regierungspropaganda von vornherein untauglich. Doch auch Jadot ist vorsichtig, wenn es darum geht, der in Frankreich starken Atomlobby und dem ihr zuhörenden Teil der öffentlichen Meinung gegenzusteuern. Keinen einzigen Reaktorblock werde er im Falle einer Wahl während seiner Amtszeit bis 2027 stilllegen, erklärte er im Januar wäh-

rend einer Fernsehdebatte zunächst; so kurzfristig plane man das nicht. Erst auf zähes Nachhaken der beteiligten Journalist-innen gab er dann nach und erklärte, die Reaktoren, welche die durch die amtierende Regierung von vierzig auf fünfzig Jahre angehobene Altersgrenze bis 2017 erreichten, würden schon von einer Stilllegung betroffen sein.

Dieses Ungemach für die Atomindustrie ist jedoch noch nicht genug. Im Januar lagen zunächst 17 von insgesamt 58 Reaktorblöcken in Frankreich für dringende Wartungsarbeiten still, in den kommenden Monaten bis im Herbst werden es elf sein. An vier Reaktoren, darunter die beiden leistungsstärksten im Land mit über 1400 Megawatt – Chooze in den Ardennen und Civaux in Westfrankreich –, am 13. Januar dann auch in Penly in der Normandie, wurden unerwartete Korrosionsschäden an den Rohrleitungen aufgespürt. Allein zehn Prozent der atomaren Stromerzeugungskapazität in Frankreich wurden dadurch, zusätzlich zu erwarteten Reparaturzeiten, vom Netz genommen. Der Aktienkurs von EDF sackte schlagartig ab. Die Industrie wurde bereits darauf vorbereitet, Kapazitäten stilllegen oder in die Nachtproduktion gehen zu müssen. Aber im Wahlkampf wird dies durch den künstlichen Atomoptimismus der wichtigsten Kandidaten überdeckt.

Bernard Schmid,
Journalist, Paris

1. Das Unternehmen wurde vom historischen, früher staatlichen Energieunternehmen EDF (Electricité de France) vor rund zwanzig Jahren im Zuge der Vorbereitung von dessen Öffnung für Privatkapital abgetrennt.

Der Wahrhaftige – ein Nachruf

Am 12. Februar ist der bosnische Schriftsteller und Übersetzer Stevan Tontić in Novi Sad (Serbien) gestorben. Geboren wurde er am 30. Dezember 1946 im heutigen Bosnien/Herzegovina in Sanski Most, der «Stadt an neun Flüssen».

Stevan Tontić, der Lyriker, der Wahrhaftige, der Freund, der Mentor. Wenn ich an Stevan Tontić denke, fällt mir zuallererst das Wort wahrhaftig ein. Wahrhaftigkeit war ihm das Wichtigste. Nie hätte er sein Wort verkauft. Wie käuflich Worte in unserer Welt geworden sind, das liess ihn wechselweise verstummen und dagegen anschreiben. In den letzten Jahren hat er wieder häufiger angeschrieben. Mit jedem Wort blühte dann etwas auf.

Heute Nacht erhielt ich die Nachricht, dass der bosnische Lyriker Stevan Tontić gestorben ist. Tot ist. «Ausgerechnet jetzt», möchte ich schreien. «Ausgerechnet jetzt», weine ich, «während die Welt sich auf einen neuen Krieg in Europa vorzubereiten scheint.» Ich bin nicht geübt darin, mich auf Kriege vorzubereiten. Ich weiss nicht, wie ich die Botschaften zu deuten habe. Jetzt, wo schreien erforderlich wäre, sind die Medien erstaunlich sachlich, gefühllos bei der Übermittlung des Unvorstellbaren.

«Bleib wahrhaftig», hätte Stevan... nein, so direkt hätte er das nie gesagt. Nichts lag ihm ferner, als einen Menschen zu korrigieren. Er war ein stiller Zuhörer, ein Freund, der gerne lachte, wenn er Freunde um sich

hatte. Er mochte den Austausch, er war ein zutiefst leiser, schüchterner, aber eben auch ein zutiefst politischer Mensch. Und ein Menschenfreund, trotz allem, was er Menschen hatte tun sehen. Seine Fassungslosigkeit stand in seinen Versen, niemals in einer Begegnung. Am stärksten enttäuscht hatte ihn Gott, gar nicht der Mensch. Ich glaube, er wird dort oben im Himmel eine ziemlich lange Zeit kein Wort mit Gott sprechen. Wer Stevan Tontić kennenlernen durfte, wird ermessen können, was das bedeutet, wenn er jemandem das Wort versagt. (...) Persönlich getroffen haben wir uns zum letzten Mal in Berlin, 2013 war das. Seine Berliner Verlegerin hatte eine gemeinsame Lesung bei Kostas Papanastasiou im Terzo Mondo organisiert. Ein so grosses Geschenk, neben ihm lesen aber noch mehr, seinen Gedichten zuhören zu dürfen. Manchmal freundlich-lakonisch, immer in einer eigenen Musikalität vorgetragen, bekamen sie einen Rahmen, der ihren Inhalt noch ungeschützter vordringen liess.

Stevan Tontić, geboren am 30.12.1946 in Sanski Most, hatte in Sarajevo Philosophie und Soziologie studiert. Er war ein bekannter und erfolgreicher Dichter, Verlagslektor, Übersetzer ins Deutsche – und ein entschiedener Kriegsgegner. Bis 1993 blieb er in Sarajevo, bis zuletzt in der besetzten und beschossenen Stadt. Als er erfuhr, dass er abgeholt werden sollte, um als Soldat in diesem Krieg zu kämpfen, floh er nach Berlin. Bis 2001 lebte er dort im Exil, unterstützt von Stipendien und Freunden. Wie anstrengend auch diese Zeit für ihn war, erzählte er nur manchmal und nur auf Nachfrage. Seine zahlreichen Bücher und Preise waren im Krieg geblieben. In Berlin veröffentlichte er u.a. seinen ausgezeichneten Lyrikband «Handschrift aus Sarajevo» (Verlag Landpresse). Ein erschütterndes Zeugnis über das Jahr im Krieg, die tägliche Lebensgefahr und Todesangst, das Sterben von Kindern, Frauen und Freunden, das ihn von nun an umgab. Krieg ist für die Seele nicht aushaltbar. In Deutschland wurde er für dieses Werk mit dem Horst-Bienek-Preis für Lyrik (2000), dem Hilde-Domin-Preis für Literatur im Exil (2001) und zuletzt mit dem Reiner-Kunze-Preis für widerständige Poesie (2019) ausgezeichnet.

2001 war Stevan Tontić zurück nach Sarajevo gezogen, in seine Heimat. Er wollte mit-helfen, den Frieden wiederaufzubauen. Doch der Friede war zu brüchig für einen Dichter wie ihn. Erst in den letzten Jahren konnte er wieder arbeiten. Inzwischen war er nach Novi Sad gezogen, veröffentlichte neue Gedichte und übersetzte jüngere deutsche Lyriker ins Serbokroatische.

Am 30. Dezember wollte ich ihm schreiben, wie jedes Jahr zu seinem Geburtstag. Ich weiss nicht, warum ich es ausgerechnet dieses Mal vergass. Ich konnte mich nicht verabschieden. Der Lyriker Stevan Tontić ist am 12.02.2022 in Novi Sad gestorben. Er fehlt. Ruhe in Frieden, mein Freund!

Anke Glasmacher,
Köln, Schriftstellerin,
Köln, 13. Februar 2022

Das Gesicht

*Die einzige unversehrte Tür
in der verwüsteten Wohnung
habe ich an das einzige noch
heile Fenster gestellt:
Dort schläft meine Liebste,
mein kleines Mädchen.*

*Ich habe Angst: das Glas
träfe ihr helles Gesicht
und entstellte eine solche
himmlische Schönheit
derentwegen, so denke ich,
die Sonne aufgeht.*

Stevan Tontić,
Handschrift aus Sarajevo (1993)

